

**Grußwort der Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und
Kunst, Sabine von Schorlemer aus Anlass der Eröffnung der Tagung
„Ökonomisierung der Wissensgesellschaft“**

am 03.12.2009 in Leipzig

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

es ist mir eine besondere Freude, Sie als Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen zur Eröffnung des Kongresses „Ökonomisierung der Wissensgesellschaft“ hier in der Universität Leipzig begrüßen zu dürfen.

Der Anlass für diese Veranstaltung ist das Jubiläum des 600-jährigen Bestehens der Alma Mater Lipsiensis, und ich will die Gelegenheit nutzen, um an dieser Stelle die herzlichen Glückwünsche der Sächsischen Staatsregierung zu übermitteln.

Die Universität Leipzig nimmt einen herausragenden Platz in der Geschichte dieses Landes ein und sie ist das Herzstück der Kultur- und Wissenslandschaft, die zu gestalten unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten Jahren sein wird.

Das Wissenschaftssystem – und mit ihm die Hochschulen und Forschungseinrichtungen – befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, sowohl im Hinblick auf die Finanzierung, die Rechtsform, als auch die Gestaltung der soziokulturellen Parameter.

Dazu trug in den letzten beiden Dekaden nicht nur die Globalisierung der Wirtschaft gerade in forschungsintensiven Bereichen, sondern auch eine zunehmende Europäisierung von Innovationsfeldern bei.

Wissenschaftspolitik von heute benötigt ein fundiertes Verständnis des stattfindenden Transformationsprozesses. Nie zuvor waren die Regelungs-mechanismen derart komplex, oszillieren sie doch gegenwärtig zwischen „Hierarchien“, „Märkten“ und „Netzwerken“ sowie einer Kombination derselben.

Eine „Ökonomisierung“ zeichnet sich bereits in einer veränderten Terminologie ab:

Das sprachliche Repertoire der zeitgenössischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik greift an vielen Stellen zu betriebs- und volkswirtschaftlichen Entlehnungen:

- Von „Humanressourcen“ und „Humankapital“ ist die Rede, was das Subjekt in den Hintergrund treten lässt und einer gewissen Verdinglichung Vorschub leistet (vom „Bildungssubjekt“ zum Bildungsobjekt“?)
- von „Effizienz“, „strategischer Planung“ und „Controlling“
- von „Kostenrechnung“ und „Mittelvergabe nach Leistungskriterien“.

Und auch das Sächsische Hochschulgesetz, das seit dem 1. Januar 2009 in Kraft ist, lehnt sich an Strukturen der Wirtschaftswelt an, etwa in Bezug auf die Einsetzung von Hochschul“räten“, die den Aufsichts“räten“ der Finanz- und Wirtschaftswelt nachempfunden sind.

Die Kongressverantwortlichen haben mit der konkreten Wahl des Themas „Ökonomisierung“ für die heutige Veranstaltung große Weitsicht bewiesen.

Dies gilt auch in Bezug auf die sich aktuell manifestierende Unzufriedenheit der Studierenden:

wie uns die studentischen Proteste zeigen, wird die Ökonomisierung des Studiums und der Studienbedingungen zunehmend als Problem gesehen.

Mit Blick auf die sächsischen Studierenden ist allerdings zu erwidern, dass eine ihrer Grundsorgen – die Einführung von Studiengebühren – unberechtigt ist: Wir werden in Sachsen keine Studiengebühren einführen; lediglich im Falle eines Missbrauchs (also einer „deutlichen Überschreitung der Regelstudienzeit“) wird es eine Regelung geben, so sieht es der Koalitionsvertrag vor.

Zugleich wird der Freistaat zusammen mit der Wirtschaft Stipendienprogramme für Studierende und Doktoranden entwickeln. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Studium ist uns ein großes Anliegen.

Die Staatsregierung stellt zum Ziel, bis 2010 insgesamt 10 % des BiP für Bildung und Forschung auszugeben, d. h. mehr Geld.

Unübersehbar ist allerdings auch, dass die finanziellen Spielräume dafür merklich enger geworden sind.

Einer gerade an 281 von 394 Hochschulen¹ in Deutschland von Ernest & Young insgesamt durchgeführten Umfrage zufolge haben die Hochschulen keine großen Erwartungen in eine steigende öffentliche Finanzierung:

- Sie wollen stattdessen durch Fundraising und eigenwirtschaftliche Betätigung zusätzliches Geld verdienen.
- 60 % der staatlichen Hochschulen wollen mehr Selbstverwaltungsrechte insbesondere im Personal und Organisationsbereich und in Finanzangelegenheiten.

¹ „Hochschulstudie 2009“; 73 % der Interviewpartner waren Kanzler /Kanzlerinnen bzw. Vizepräsidenten /Vizepräsidentinnen;

Der Koalitionsvertrag im Freistaat Sachsen setzt deutliche Akzente im Sinne einer transparenten, auf „Anreiz“ und Differenzierung gerichteten, „positiven“ Ökonomisierung.

Dazu gehört:

- die konsequente Einführung der Globalhaushalte:
- die Leistungsbesoldung: Es ist beabsichtigt, die Bezahlung bzw. Besoldung von wissenschaftlichem Personal und Professoren an den Wettbewerb und individuelle Leistungen anzupassen; daher wirkt die Staatsregierung darauf hin, dass die Hochschulen langfristig eigene Tarifverträge für das Wissenschaftspersonal abschließen können und die Professorenbesoldung für leistungsrechte Vergütungen deutlich mehr Spielräume zulässt;

Dazu gehört außerdem:

- die Verbesserung der Voraussetzungen, damit Hochschulen sich stärker durch Dritte finanzieren lassen können. Und schließlich:
- Der Freistaat unterstützt die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Existenzgründungen aus ihren Einrichtungen heraus gezielt und verstärkt zu befördern.

Darüber hinausgehend ist nach den konkreten Wirkungen der bundesweiten Ökonomisierungstendenzen auf die künftige Performanz von Forschung und Lehre zu fragen. Und dies unter verschiedenen Aspekten:

- Erstens, mit Blick auf den Grad der Autonomie in den unterschiedlichen Wissenschaftsgebieten und die akademische Freiheit:

Die einzelnen Wissenschaftsgebiete unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf den Charakter der Forschungsprobleme und methodischen Standards, sondern auch in ihren Möglichkeiten zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen.

Wir wissen andererseits:

Die Ökonomisierung betrifft alle Gebiete. Sie stellt jedoch die Geisteswissenschaften vor andere Herausforderungen als etwa die Ingenieurwissenschaften.

Der Umgang mit der Diversität der eigenständigen Fachkulturen und -disziplinen – eine große Ressource insbesondere der Universitäten – wird folglich zum Thema. Forschungsfreiheit ist ein Grundrecht, Hochschulbildung selbst, wir sollten uns dies immer wieder vergegenwärtigen, steht in einer unauflösbaren Beziehung zur Freiheit: Wie es in Wilhelm von Humboldts im Jahr 1792 veröffentlichte Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ heißt:

Zitat:

„Der wahre Zweck des Menschen – (...) ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist die Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung.“

- Zweitens mit Blick auf den Grad der Anwendungsorientierung:

Im Lichte der zu beobachtenden weitreichenden Bestrebungen, die Forschung zunehmend an Kriterien der unmittelbaren gesellschaftlichen „Nützlichkeit“ auszurichten, wird die Sorge vor einer „Instrumentalisierung“ der Hochschulen laut. Unter Forschenden wird Unbehagen darüber geäußert, dass die Qualität der Forschung zunehmend am Erfolg in der Drittmittelbeschaffung gemessen wird.

Der „Nutzen“ der Forschung aber darf nicht auf eine ökonomische Verwertung reduziert sein.

Angesichts der exponentiell wachsenden Komplexität der Lebens- und Wissensverhältnisse benötigen wir freie Diskurse über das, was Wissenschaft im Zeitalter der modernen Technologie leisten kann. Wir benötigen Reflexionen über Werte und Weltbilder. Wir brauchen Orientierungswissen.

Und es ist eben nicht davon auszugehen, dass diese Desiderate sich automatisch in der Wissenschaftspraxis /Ausbildung abbilden.

- Die Frage der Sinnhaftigkeit von Indikatoren zur Leistungsbemessung und Kriterien für wissenschaftliche Exzellenz:

Qualitäts- und Leistungskriterien, Indikatoren und Benchmarks versprechen ökonomische Effizienz und mehr Wettbewerb. Die bisher geltende Grundannahme ist, dass „wissenschaftliche Existenz nur über ökonomisch rationales Handeln

gesichert werden kann“, wie es Müller-Böling, der Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung in seinem Konzept hochschulpolitischer Notwendigkeiten formulierte.

Aber: Gibt es nicht Bildungs- und Forschungsbereiche, die wir von Wettbewerb und Wirtschaftlichkeitserwägungen lösen müssen?

Gerade kleine oder auch hochspezialisierte Studiengänge sind von Unterfinanzierung bedroht, da sie kaum Geld von außen einwerben und deshalb unter ökonomischen Aspekten nicht „profitabel“ erscheinen.

Woher aber nehmen wir die Gewissheit, dass nicht gerade die kleineren und thematisch „exotischen“ Lehrstühle diejenigen sind, die wir zur Bewältigung komplexer Zukunftsaufgaben im 21. Jahrhundert in besonderem Maße benötigen werden?

- Vergessen wir schließlich auch nicht die soziostrukturellen /die gesamtgesellschaftlichen Effekte, die eine Differenzierung in eine „Normal- und eine „Elite-(„Exzellenz“-)Wissenschaft längerfristig mit sich bringt.

Ich bin mir gewiss, dieser Kongress wird nicht nur die richtigen Fragen stellen, sondern auch die angemessenen Antworten geben.

Meine Damen und Herren,

Für die Sächsische Staatsregierung ist klar:

Hochschulen sind keine Unternehmen. Sie sind Einrichtungen der Gesellschaft, die für Kreativität, Fortschritt und Innovation stehen und dringend benötigte Fachkräfte ausbilden.

Bildung – Hochschulbildung – ist keine „Ware“, und sie ist auch nicht auf ökonomische Verwertbarkeit zurechtzustutzen.

Wollen wir nicht wieder zur Detailsteuerung der Hochschulen zurückkehren, muss allerdings akzeptiert werden, dass Parlamente und Ministerien Verfahren zur Rechenschaftslegung und Qualitätssicherung einfordern. Sie benötigen dies als Steuerungsinstrument.

Zugleich stellen wir fest: das Rad der Ökonomisierung lässt sich nur mehr schwerlich zurückdrehen.

Die Frage im Konferenzthema „Wie viel Ökonomie braucht und wie viel Ökonomie verträgt die Wissensgesellschaft“ möchte ich als Kunstministerin mit Wolfgang Amadeus Mozart beantworten:

Kaiser Joseph II hatte sich nach der Uraufführung der *Entführung aus den Serail* bei dem Komponisten beschwert: „Zu schön für unsere Ohren und gewaltig viele Noten, lieber Mozart“. Und Mozart soll geantwortet haben: „Grad so viele Noten, als nötig sind“.

In Abwandlung dieses Zitats meine ich, dass die Wissensgesellschaft „grad so viel Ökonomie braucht und verträgt, als nötig ist“ ... (Aber auch nicht mehr!)

Abschließend möchte ich

- Professor Johannes Ringel, (Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät) und
- Professor Ralf Diedrich (Professur für Betriebswirtschaftslehre, insb. Controlling und interne Unternehmensrechnung an der Universität Leipzig)
- sowie Prof. Ullrich Heilemann (Institut für Empirische Wirtschaftsforschung)

herzlich für die Organisation dieses zukunftsweisenden Kongresses danken.

Ich bin überzeugt, dass diese Veranstaltung ein würdiger Beitrag zur Geburtstagsfeier der zweitältesten deutschen Universität ist.

Möge dies eine erfolgreiche Konferenz werden, deren Ergebnisse ihre Spuren auch in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik hinterlassen!

Vielen Dank.